

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1888

11.4.1888 (No. 100)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 11. April.

N^o 100.

Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einkaufsgebühr: die gewaltene Beitzseite oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1888.

Ämtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigt bewegen gefunden, dem Professor Dr. Thoma aus Bonnorf, Kaiserlich Russischer Staatsrath in Dorpat, die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland verliehenen Kaiserlich Russischen St. Stanislaus-Ordens 2. Klasse zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigt bewegen gefunden, dem Oberbürgermeister Gönner in Baden die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Prinzessin-Regentin von Brasilien im Namen Seiner Majestät des Kaisers Dom Pedro verliehenen Ritterkreuzes des Kaiserlich Brasilianischen Rosen-Ordens zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigt bewegen gefunden, dem Postdirektor Obermüller in Baden die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Prinzessin-Regentin von Brasilien im Namen Seiner Majestät des Kaisers Dom Pedro verliehenen Ritterkreuzes des Kaiserlich Brasilianischen Rosen-Ordens zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigt bewegen gefunden, dem Oberbetriebsinspektor W. Ratt in Baden die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Prinzessin-Regentin von Brasilien im Namen Seiner Majestät des Kaisers Dom Pedro verliehenen Ritterkreuzes des Kaiserlich Brasilianischen Rosen-Ordens zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigt bewegen gefunden, dem Stadtrath Th. Weich in Baden die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Prinzessin-Regentin von Brasilien im Namen Seiner Majestät des Kaisers Dom Pedro verliehenen Ritterkreuzes des Kaiserlich Brasilianischen Rosen-Ordens zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 23. März d. J. gnädigt bewegen gefunden, dem Rathschreiber August Weismann in Großrinderfeld die silberne Rettungsmedaille zu verleihen.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 10. April.

Boulangier steht mehr als je im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses in Frankreich. Die Wahlen vom vorigen Sonntag haben von Neuem bewiesen, daß der Boulangier-Kultus in der Provinz weite Verbreitung gefunden hat und daß es eine verhängnisvolle Täuschung sein würde, die boulangistische Bewegung deshalb, weil in Paris die Versuche zu einer Demonstration für den General a. D. täglich gescheitert sind, zu unterschätzen. In diesem Punkte ist Paris nicht, wie man so oft behauptet, Frankreich. Die Pariser Blätter beschäftigen sich mit nichts so lebhaft als den großen Ziffern der Stimmen, die am Sonntag in den Departements Dordogne, Aude und Aisne für Boulangier abgegeben worden sind. Diese Ziffern reden in der That eine sehr deutliche Sprache. Daß in der Dordogne die Hälfte aller Wähler, die von ihrem Wahlrechte Gebrauch machten, für Boulangier stimmten, übertraf, wie es scheint, selbst die Hoffnungen der Boulangisten, und doch ist dieses Resultat vielleicht noch nicht einmal so bemerkenswerth, wie dasjenige im Departement Aude, wo Boulangier zehntausend Stimmen erhielt, ohne sich offiziell um diese Stimmen beworben zu haben. Nach solchen Erfahrungen ist man geneigt zu glauben, daß Boulangier aus der am nächsten Sonntag stattfindenden Wahl im Norddepartement doch als Sieger hervorgehen wird. Außer dem großen Anhang Boulangiers in der Provinz, auf den jene Wahlergebnisse schließen lassen, macht aber auch die rückhaltlose Offenheit, mit welcher Boulangier gegen die Deputirtenkammer auftritt, Aufsehen. Boulangier hat nicht bloß dem Senate, sondern auch der Kammer den Krieg erklärt und er spricht in allen seinen Kundgebungen von ihr in Ausdrücken der beleidigendsten Geringschätzung. So auch in dem Dankschreiben, welches er an die Wähler der Dordogne gerichtet hat und in dem er ausführt, daß er die auf ihn gefallene Wahl nicht annehmen könne (vergl. den Inhalt des Briefes unter „Frankreich“). Er sagt: „Das Vaterland wird erfahren, daß die Dordogne nicht geneigt ist, sich durch ein

Parlament regieren zu lassen, dessen Unfruchtbarkeit und Ohnmacht damit endigen würden, die Republik dem Gelächter Europa's preiszugeben.“ Und er fährt fort: „Ich will nur den uns gemeinsamen Gedanken festhalten: Auflösung der Deputirtenkammer, Revision der Verfassung.“ Die Auflösung der Kammer fordert Boulangier, weil sie für ihn das Mittel bietet, in allen Departements bei den Neuwahlen seine Kandidatur aufzustellen und auf solche Weise zu einem Plebiszit zu gelangen; die andere Forderung, Revision der Verfassung, stellt er auf, weil in dieser Forderung Kadifale und ein Theil der Rechten übereinstimmen und das Schlagwort von der Verfassungsbücherei sich als von der größten Anziehungskraft auf breite Massen der Wähler erweist. Freilich weist die „Justice“ des Herrn Clemenceau darauf hin, daß die Kadifalen unter der Verfassungsrevision etwas wesentlich Anderes als die Bonapartisten verstehen und daß eine der beiden Parteien, die für Boulangier arbeiten, weil er die Revision verspricht, schließlich die geprellte sein muß; „wer“, fragt das Blatt, „ist der betrogene Theil, die Kadifalen oder die Bonapartisten?“ Aber sich darüber näher anzusprechen, wie er die Verfassung revidirt sehen will, hiltet Boulangier sich wohlweislich; er arbeitet, so lange es geht, mit dem bequemen Schlagworte, das Jeder sich nach seinem Geschmack auslegen kann, und erzielt dabei, wie die Thatfachen zeigen, große Erfolge. Die Phrase, der Gemeinplatz hat die Zaubermacht über die Gemüther noch nicht verloren und je allgemeiner und elastischer das Programm Boulangiers ist, desto breitere, sonst durch starke politische Meinungsunterschiede von einander getrennte Schichten des Publikums zieht er an. Es ist jetzt der Nachweis erbracht, daß Boulangier, noch als er dem Heere angehörte, an der Wahlagitation theilgenommen hat, was er selbst bekanntlich bestritt. Der „Matin“ veröffentlicht Telegramme des Grafen Dillon an Boulangier und Boulangiers an Dillon, welche zeigen, daß Boulangier sich in der That an den Wahlen vom 25. Februar betheiligt hat. Diese Enthüllung scheint in boulangistischen Kreisen unangenehm berührt zu haben und die „France“ droht mit einer Klage wegen Desaprobations; aber die Echtheit der Dokumente wird nicht bestritten und dieselben sind neue Belege dafür, welche gefährliche, vor Intriguen nicht zurückschreckende Persönlichkeit Herr Boulangier ist. Ein solcher Mann an der Spitze einer starken Bewegung ist jedenfalls eine bedenkliche Erscheinung für Frankreich. Die Mehrheit der Pariser Blätter erkennt auch an, daß die Erfolge der Boulangisten eine ernste Lage geschaffen haben; indessen ist nicht abzusehen, wie die republikanischen Parteien zu jener Konzentration gelangen könnten, welche der sicherste Schutzwall gegen die boulangistische Bewegung sein würde.

In der rumänischen Kammer verlas Kary, der Minister des Auswärtigen, heute eine programmatische Erklärung des neuen Kabinetts. Dieselbe ist in mehrfacher Hinsicht interessant und für die Absichten des neuen Ministeriums bezeichnend. Die Erklärung besagt, der König habe die gegenwärtigen Minister gewählt, weil dieselben den Parteien vollständig neutral gegenüberstünden und stets unparteiisch sein werden. Betreffs der auswärtigen Politik sei es eine Legende, wenn man behauptete, die Politik Rumäniens schwimme lediglich im Schlepptau Deutschlands. Insofern Deutschland keine Politik der auswärtigen Einmischungen treibe, sondern im wesentlichen sich in der auswärtigen Politik von den Zwecken leiten lasse, die es für seine inneren Verhältnisse verfolge, sei die Regierung allerdings ein Anhänger in der deutschen Politik, weil sie eine Verbesserung der inneren Lage des Landes ausschließlich bezwecke. Der Minister legte darauf das Programm der inneren Politik dar und erklärte betreffs der Neuwahlen für die Kammern, es sei unmöglich, dieselben während der jetzigen Agitation vorzunehmen; man müsse eine Beruhigung der Geister abwarten, dann werde die Regierung die Kammer auflösen. Der Minister forderte die Kammer zur Botirung des Budgets auf. Die Regierung werde den Beschluß nicht als Vertrauensvotum, sondern als patriotischen Akt ansehen.

Mit dem, was die ministerielle Erklärung hinsichtlich der auswärtigen Politik des neuen Kabinetts sagt, wird man sich in Deutschland und Oesterreich gerne als zufriedengestellt erklären; es bestätigt die Erwartung, daß das neue Ministerium an den vom Ministerium Bratiano vertretenen Grundsätzen festhalten werde. Von besonderer Wichtigkeit ist die Frage der Kammerauflösung. Die Minorität der Kammer verlangt bekanntlich alsbaldige Vornahme der Wahlen, während die Regierung, wie aus der Erklärung hervorgeht, die Erfüllung dieser Forderung verweigert. Die Regierung hofft offenbar, daß bis zum Herbst das im Lande gegen das junimistische Regiment

noch obwaltende Mißtrauen sich zerstreuen, und daß sich aus einer Annäherung eines Theils der Opposition an das Gros der nationalliberalen Partei eine neue Regierungspartei herausbilde. Der Anfang hierzu ist in der That schon gemacht, wie die unter „Bukarest“ mitgetheilte Nachricht erkennen läßt.

Zu den deutschen Seefahrten, vorzugsweise in Hamburg, beschäftigt man sich, wie die „B. P. N.“ melden, mit dem Plan, eine direkte deutsche Schiffverbindung nach Ostindien zu errichten. Die Handelskammer Hamburg hat sich bereits zu Gunsten einer solchen Dampferlinie ausgesprochen und auch in den Kreisen der Privattheater ist Neigung vorhanden, der Durchführung dieser Absicht näher zu treten. Man ist dabei von der Erwägung ausgegangen, daß der gegenwärtige deutsche Absatz nach Indien über England und die Umladung der Waaren auf englische Schiffe mit großen Unkosten verbunden seien, und die deutschen Exporteure schon deshalb einer von Deutschland abgehenden direkten Linie den Vorzug geben würden. Bekanntlich haben nach dieser Richtung hin unter Anderen die Vertreter der deutschen Industrie das Bedürfnis einer solchen direkten Linie wiederholt geltend gemacht. Durch die Zweiglinien des Norddeutschen Lloyd von Colombo nach Calcutta und Bombay ist zwar anscheinend eine direkte deutsche Verbindung bereits vorhanden, es habe sich jedoch — so sagt man — herausgestellt, daß die Dampfschiffe des Norddeutschen Lloyd schon jetzt für die von Hamburg nach Ostindien oder Australien bestimmten Waaren ausreichenden Raum nicht hätten und überdies das Umladen in Colombo, namentlich für werthvolle Waaren nachtheilig und kostspielig sei.

Preussland.

* Berlin, 9. April. Seine Majestät der Kaiser arbeitete heute Vormittag mit dem Chef des Civilkabinetts, Wirkl. Geh. Rath v. Wilmowski, und machte um 12 Uhr Mittags eine etwa einstündige Spazierfahrt nach dem Grunewald und Bichelsdorf. Im ersten, geschlossenen Wagen fuhr der Kaiser mit den Prinzessinnen Sophie und Margarethe, im zweiten der Adjutant Oberst v. Brösigke, im dritten Dr. Mackenzie. Das zahlreich vor dem Schlosse versammelte Publikum empfing den Kaiser mit lauten Hochrufen. Etwa um 1 Uhr war der Kaiser nach Charlottenburg zurückgekehrt und nahm sodann das Diner mit den Prinzessinnen und dem frühern badischen Minister Frhrn. v. Roggenbach ein. Ueber das Allgemeinbefinden des Kaisers verlauten im Ganzen günstige Nachrichten. — Nach einer Mittheilung der „Nordd. Allg. Ztg.“ verlieh Seine Majestät der Kaiser dem Dr. Mackenzie das Großkomthurnkreuz des Hohenzollern'schen Haus-Ordens. Allerhöchsterseits handigte am 8. April die Insignien des Ordens dem Arzte mit ungefähr folgenden Worten ein: „Als Sie zuerst kamen, hatte ich Vertrauen zu Ihnen, weil Sie durch meine deutschen Aerzte empfohlen waren; bald lernte ich Ihre Tüchtigkeit selbst schätzen und gebe Ihnen deshalb mit vielem Vergnügen diesen Orden in Anerkennung Ihrer werthvollen Dienste und in Erinnerung an meine Thronbesteigung. (Dem Vernehmen nach soll auch Dr. Howell eine Ordensauszeichnung, und zwar den Königl. Kronen-Orden 2. Klasse erhalten haben.)

— Die Trauung Seiner Königl. Hoheit des Prinzen Heinrich von Preußen mit Ihrer Hoheit der Prinzessin Irene von Hessen ist dem Vernehmen nach auf den 24. Mai festgesetzt und wird im Schloß Friedrichsron zu Potsdam stattfinden.

— Die „Nationalzeitung“ bemerkt, für das Faktum, daß der Reichskanzler wenige Wochen nach dem einstimmigen Vertrauensvotum des Reichstags Schwierigkeiten in seiner auswärtigen Politik fände, seien Einzelheiten belanglos; sicher sei, daß der Reichskanzler die Schwierigkeiten bisher überwunden habe, und sicher, daß er zurücktreten werde, wenn sie sich wiederholen, ohne daß er sie überwinden kann.

— Die Bundesrathsausschüsse für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr, denen die Entwürfe des neuen statistischen Waarenverzeichnisses sowie des Verzeichnisses der Massengüter zur Vorberathung zugewiesen waren, haben, nachdem sie eine größere Anzahl von Abänderungen vorgeschlagen, beim Plenum den Antrag gestellt, beiden Verzeichnissen mit diesen Abänderungen die Zustimmung zu erteilen und den Anfangstermin für die Gültigkeit derselben auf den 1. Juli 1888 festzusetzen.

— Zum preussischen Gesandten in München ist der „Köln. Ztg.“ zufolge an Stelle des in den Ruhestand getretenen Grafen Werthern der Geh. Legationsrath Graf Runo Ranau ernannt. Derselbe war seit langem vortragender Rath im Auswärtigen Amt und als solcher der zweitälteste Rath der politischen Abtheilung.

— Es wird der „Post“ mitgetheilt, daß Herr v. Benning heute gegen Mittag sich nach dem Reichskanzlerpalais begeben und dasselbe gegen 2 1/2 Uhr wieder verlassen hat.

Dem Chemiker Professor Hofmann wurde anlässlich seines gestrigen 70. Geburtstages vom Kaiser der Adel verliehen. Die Kaiserin Victoria sowie die Königin von England — Hofmann lebte 20 Jahre in England — ließen demselben ihre Portraits überreichen. Die Deutsche Chemische Gesellschaft überreichte durch ihren Vorstand eine Glückwunschadresse sowie die Marmorbüste des Jubilars und einen Betrag von 30,000 Mark zur Begründung einer Hofmann-Stiftung. An der Sammlung hierfür haben sich neben Deutschen und Oesterreichern auch Engländer, Italiener, Franzosen und Russen beteiligt. Von einer großen Anzahl anderer wissenschaftlicher Vereinigungen anderer Länder und hiesiger Korporationen liefen gleichfalls Adressen, Glückwunschschreiben, Telegramme und Diplome ein.

Heute fanden zwischen den an der Nothstands-vorlage beteiligten Ressorts kommissarische Beratungen statt. Dem Vernehmen nach handelt es sich um einen Betrag von etwa 30 Millionen Mark, wovon 20 vornehmlich zur Unterstützung der heimgesuchten Bevölkerung, der Rest zur Wiederherstellung beschädigter Eisenbahndämme, Deiche u. bestimmt ist.

Wie die „Berl. Pol. Nachr.“ vernehmen, tritt in den nächsten Tagen im Reichsamt des Innern die Reichskommission zur Untersuchung der Rheinstromverhältnisse zu einer Sitzung zusammen. Diese aus Vertretern der Rheinflusststaaten unter dem Vorsitz eines Reichsbeamten zusammengesetzte Kommission ist aus Anlaß der letzten Hochwasserschäden am Rhein eingesetzt; ihre Aufgabe ist es, die Stromverhältnisse des Rheins insbesondere nach der Richtung der Hochwassergefahren, auf die Ursachen und die Mittel zum Schutz gegen diese Gefahren zu untersuchen. Man nimmt an, daß die Arbeit der Kommission sich dem Abschluß nahe und daß demnach die Ergebnisse in nicht zu ferner Zeit bekannt und praktisch werden können.

Posen, 9. April. Bei dem Diner beim Oberpräsidenten, wozu Einladungen seitens Ihrer Majestät der Kaiserin ergangen waren, ließ sich die Kaiserin die Damen des hiesigen Hilfskomite's vorstellen. Sodann fuhr die Kaiserin um 4 Uhr durch die Altstadt nach den Baracken im Fort Prützow, wo 600 Obdachlose untergebracht sind. Die Kaiserin besichtigte Alles auf's genaueste und sprach sich äußerst anerkennend über die getroffenen Maßregeln aus. Sie erklärte dem Oberbürgermeister und dem Vorsitzenden des Provinzialhilfskomite's Grafen Posadowski, daß der Kaiser es auf's tiefste bedauere, nicht persönlich nach Posen kommen zu können, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es staatlicher und privater Hilfe gelingen werde, das Unglück, welches die Provinz betroffen habe, zu lindern. Sodann begab sich die Kaiserin nach den Kasernen des Leib-Gusarenregiments. Zum Abschied auf dem Bahnhofe hatten sich wieder die Spitzen der Behörden, darunter der kommandierende General, der Erzbischof und der Bürgermeister inzwischen eingefunden. Um 5^{1/2} Uhr erfolgte die Abreise. Die Kaiserin äußerte sich über die Aufnahme außerordentlich befriedigt.

Leipzig, 9. April. Dem Wolff'schen Telegraphenbureau wird von hier gemeldet: „In hiesigen nationalliberalen Kreisen ist eine Adresse an den Reichskanzler in Vorbereitung, worin der dringende Wunsch nach seinem Verbleiben ausgesprochen und zugleich das rückhaltlose Vertrauen bekundet wird, Kaiser Friedrich werde in seiner allgemein verehrten Weisheit und hochherzigen Umgebung an die großen Interessen der Nation Mittel und Wege finden, einen so unerfesslichen Verlust von Deutschland abzuwenden. Die Adresse soll zur Unterzeichnung öffentlich ausgelegt werden.“

München, 9. April. Der Finanzausschuß der Abgeordnetenversammlung begann heute Nachmittag die Beratung des Militäretats, wozu der Kriegsminister v. Heinleth aus seinem Urlaub zurückgekehrt war. Betreffs der zeitweiligen Führung des Kriegsministeriums durch den Prinzen Leopold erklärte Minister v. Heinleth, er habe auch während des Urlaubs die volle Verantwortlichkeit beibehalten, für die laufenden Geschäfte aber habe die Verweisung dem nächsthöchsten Offizier, also dem Corpskommandanten Prinzen Leopold, übertragen werden müssen.

SS Straßburg, 10. April. Morgen, Mittwoch, nimmt der Landesausschuß seine Sitzungen wieder auf, welche seit dem Todestage Kaiser Wilhelms unterbrochen waren. Für den Rest der Session bleiben noch eine Reihe von Gesetzentwürfen zu erledigen: über die Strafsachen der Enregistrationsverwaltung, über das gerichtliche Theilungsverfahren und endlich ein Feldpolizeistrafgesetz. Gesetze, die ja für das Land von hervorragender Wichtigkeit sind, die aber außerhalb desselben auf Interesse nur in engen Kreisen rechnen können. Immerhin werden die Beratungen vor Anfang Mai kaum ihr Ende erreichen. In dem abgelaufenen Theile der Session handelte es sich namentlich um die Votirung des seit dem 1. d. M. in Kraft getretenen Etats, welcher mit 44 175 438 Mark balancirt. Uebrigens sind an dem Entwurfe, der dem Hause vorgelegt war, einige nicht unbedeutliche Änderungen vorgenommen worden: so ist die Vermehrung der Oberlehrerstellen um 6, die der Schulrathstellen um 2 abgelehnt worden; ebenso fand die vorgeschlagene Theilung der Kreise Metz und Zabern nicht die Zustimmung des Landesausschusses, wenn auch dafür ein Kredit für den Posten eines Polizeidirektors in Metz eingesetzt wurde; die Vermehrung der Schutzmannschaft von Mühlhausen ist ebenfalls nicht in der gewünschten Höhe genehmigt worden. Die Mehrzahl dieser Positionen dürfte im nächsten Etat wieder erscheinen; nur der durch die Nachricht vom Tode Kaiser Wilhelms bewirkte schnelle

Schluß der Etatsdebatte, die En-bloc-Erledigung des Budgets in dritter Lesung verhinderte es, daß schon diesmal versucht wurde, eine Anzahl der gemachten Absätze wieder zu bejähren. Lediglich die Theater-subsidien dürfte so bald nicht wieder erscheinen. In der Mitte der 70er Jahre stand sie mit 176 000 M. im Etat, dann sank sie auf 128 000 M.; im Jahre 1883 wurde sie durch das Votum des Landesausschusses gestrichen; die diesmalige schlichtere Bitte auf Wiedereinräumung eines bescheidenen Maßchens im Etat ist nicht erfüllt worden und es ist auch keine Aussicht, daß sie in den nächsten Jahren erfüllt werden wird.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 9. April. Morgen tritt das Abgeordnete-n-haus wieder zusammen. Die Budgetdebatte dürfte, da Mittwoch keine Sitzung stattfindet, am Donnerstag oder Freitag beginnen. Am Mittwoch wird die vom Subkomite des Branntweinsteuer-Ausschusses einberufene Enquete abgehalten werden. Damit wird die Spiritussteuerfrage, welche jetzt in Wähler-versammlungen in Galizien erörtert wird, wieder der parlamentarischen Behandlung unterzogen werden.

Italien.

Rom, 9. April. Nach einer Depesche des Generals San Marzano an den Kriegsminister wird durch beglaubigte Nachrichten bestätigt, daß Ras Alula beim Negus von Abyssinien in Ungnade gefallen ist. Ras Alula wurde, wie San Marzano erzählt, seines Postens als Vizekönig von Hamasan entthronen. Man glaubt, daß er durch Ras Agos ersetzt werden wird. Es verlautet außerdem, daß der Rückzug der abyssinischen bewaffneten Massen heute Morgen begonnen haben soll, nachdem das Gepäck des Negus und der Anführer bereits nach Adua vorausgeschickt wurde. Die zahlreichen unbewaffneten Einwohner, welche dem Heere folgten, haben sich fast alle wieder in ihre heimathlichen Orte zurückbegeben. — Wegen der Erhebung der neuen Kopfsteuer, die bekanntlich schon wiederholt zu Unruhen geführt hat, kam es in Verbalda, im Bezirk Potenza, heute zu einem thätlichen Konflikt zwischen Bauern und Gendarmen. Letztere mußten feuern, wobei 4 Bauern getödtet und mehrere verwundet wurden; auch einige Gendarmen sind blüßert.

Frankreich.

Paris, 9. April. Das Resultat der gestrigen Wahlen erregt infolge der großen Menge der für Boulanger in der Dordogne und im Departement Aude abgegebenen Stimmen Sensation. Die opportunistischen Blätter beklagen das Wachsthum der boulangistischen Bewegung auf das Lebhafteste und befinden sich in dieser Auffassung der Sachlage im Einklange mit der royalistischen Presse, während die boulangistischen Zeitungen ein übermüthiges Siegesgeschrei erheben. Die radikalen Blätter, welche nicht gewöhnt sind, mit für Boulanger zu arbeiten, zeigen sich gleichfalls beunruhigt. Wie schon gemeldet, nimmt Boulanger die Wahl in der Dordogne nicht an. Er hat in der „France“ folgendes Schreiben „an seine 59 000 Wähler der Dordogne“ gerichtet: „Ihre aus eigenem Antriebe hervorgegangene großartige Kundgebung auf meinen Namen hat eine Bedeutung, die Jedem einleuchten muß. Es handelt sich nicht mehr um einen Mann, sondern um Frankreich. Der General, gegen den sich so viele gegensätzliche ehrgeizige Bestrebungen verbündet hatten und den man zum Paria machen wollte, verschwindet inmitten dieses großen Altes der Wiederherstellung. Jedermann begreift, um was es sich handelt: es ist das Vaterland, seine Würde, seine Zukunft. Ich kann Ihnen nicht genug in seinem Namen für den hochherzigen Protest danken. Es wird erfahren, daß die Dordogne nicht geneigt ist, sich durch ein Parlament regieren zu lassen, dessen Unfruchtbarkeit und Ohnmacht damit endigen würde, die französische Republik dem Gelächter Europas preiszugeben. Ich will nur den uns gemeinsamen Gedanken festhalten: Nothwendigkeit der Auflösung der Deputirten-kammer, Revision der Verfassung! Das allgemeine Stimmrecht ist unser Herr und Meister. Es ist unerträglich, daß in Mißachtung gerathene Politiker den Anspruch erheben, daraus ihren Diener zu machen. Wähler! Die Wirkung ist jetzt erzielt, sie ist unermeßlich. Sie wissen, ich beharrte nicht auf Ihre hochgeschätzten Stimmen, ich habe mich anderen Wählern verpflichtet, die Kandidatur für nächsten Sonntag anzunehmen. Die Stimmen jener werden sich mit den Ihrigen zu neuer Bedeutung des Protestes vereinigen. Es heiße die Tragweite desselben schwächen, wenn ich von Ihnen eine Vollmacht annehmen würde. Das Departement du Nord ist das einzige Departement, das anzunehmen mir gestattet ist. Geben Sie Ihre Stimmen dem Mann, der gleich mir für die nationale republikanische Politik unentwegt eintreten wird. Er wird mit mir sein, wie ich mit ihm; denn die Stunde ist gekommen, wo alle Franzosen ohne Unterschied der Provinz sich in der einen Idee, zu dem einzigen Ziele vereinigen müssen: der Macht und Größe des Landes!“ Boulanger fuhr heute Nachmittag selbst zum Redaktionsbureau der „France“, um den Brief zu übergeben, und war dabei Gegenstand einer kleinen Ovation. Als er abfuhr, umringte ein Volkshaufe seinen Wagen, rief Lebehochs und stimmte Boulangistenlieder an. (Vergl. den Artikel an der Spitze des Blattes.)

Das „Siècle“ schreibt: „Herr Joffrin (das bekannte Mitglied des Pariser Gemeinderathes) ist entzückt über seine Unterredung mit Herrn Floquet, welcher seinerseits über seine Unterredung mit Herrn Joffrin nicht minder entzückt ist. So berichtet ein Redakteur der „Cocarde“, welcher die beiden Herren interviewt hat. Herr Joffrin ist entzückt, weil Herr Floquet ihm die Verwirklichung der Reformen versprochen, welche der Pariser Gemeinderath verlangt, und weil die Verwirklichung dieser Reformen die Abfertigung des Seinepräsidenten Foubelle nach sich zieht. Herr Floquet aber ist nicht minder entzückt, weil Herr

Joffrin so gütig war, nicht öffentlich die Abfertigung des Seinepräsidenten von ihm zu verlangen. Man hat den Conseilpräsidenten und Minister des Innern nur gebeten, den Seinepräsidenten nicht im Stadthause unterzubringen, und hierauf ging er bereitwillig ein. Von einer solchen Delegation in den Wünschen angezogen, soll Herr Floquet den Delegirten des Gemeinderathes erklärt haben, er werde, was die Submissionen für die städtischen Bauten und die Reformen zu Gunsten der Arbeiter betrifft, alle Anstrengungen machen, damit das Hotel de Ville nichts mehr zu wünschen habe. Nach dem „Temps“ hätte er hinzugefügt, daß er sich innerhalb der Grenzen des Gesetzes halten werde, daß aber die Gesetze nicht für ewige Zeiten gemacht seien und abgeändert werden könnten. Trotz all der Unklarheit und Dehnbarkeit der zwischen dem Chef des neuen Ministeriums und dem Präsidenten der Stadtvertretung ausgetauschten Erklärungen erhielt aus der Unterredung deutlich, daß Herr Floquet entschlossen ist, Herrn Foubelle der autonoministischen Majorität des Gemeinderathes zu opfern, daß er sich aber, statt diesen Beamten zu verlesen, damit begnügen wird, ihn zum Gehen zu zwingen, indem er ihm den Nagel unhaltbar macht. Diese Politik glänzt weder durch Logik noch durch Muth und rechtfertigt alle Befürchtungen, welche die ministerielle Erklärung hervorgerufen hat. Es ist dies die Politik der Unterwerfung, die von Herrn de Freycinet erfinden und von Herrn Floquet, als er Seinepräsident war, so gut geübt wurde. Man sagt zum Pariser Gemeinderathe: „Ich werde Euch Alles bewilligen, was Ihr von mir verlangt, verlangt aber nicht zu viel, die Zeiten sind so schwer.“ Das Intransigentenhum merkt sich natürlich die Verheißungen, den Rathschlägen aber trägt es keine Rechnung. Es werden keine vierzehn Tage vergehen, ehe das Ministerium von dem Gemeinderathe aufgefordert werden wird, zu wählen zwischen ihm und dem Präsidenten, d. i. zwischen dem Gegner des Gesetzes und seinem Beschützer. Auf solch schiefer Ebene ist ein Innehalten kaum möglich, insbesondere wenn man im voraus das Gesetz durch die Erklärung abschwächt, man sei bereit, es zu ändern.“

Spanien.

Madrid, 9. April. Dem Festmahl, welches gestern zu Ehren des Fürsten Radziwill, des außerordentlichen Abgesandten des Kaisers Friedrich, im königlichen Schlosse stattfand, wohnten die Minister Sagasta, Moret und Cassola, sowie alle Mitglieder der Deutschen Botschaft bei. Heute um 2 Uhr wurde die Deutsche Botschaft mit dem üblichen Ceremoniell der Königin vorgestellt und sprach ihren Dank für die Theilnahme aus, die Spanien an dem Tode des Kaisers Wilhelm genommen. Mit Sagasta und Moret tauschte der Botschafter Besuche aus.

Großbritannien.

London, 9. April. Lord Salisbury und der Schatzkanzler Goschen hatten heute Unterredungen mit dem Delegirten der ägyptischen Staatsschuldenkasse, Baron v. Richtigshofen. Die Unterredungen dürften mit der projektierten ägyptischen Anleihe zusammenhängen. Ueber dieses Projekt sagte heute der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Sir James Fergusson, der Betrag, den Egypten jetzt zu leihen beabsichtigt, sei zwei Millionen ägyptische Pfund. Die neue Anleihe habe keine Priorität vor früheren Anleihen und beruhe nicht die dafür verpfändeten Sicherheiten. Nach dieser Erklärung Fergusson's theilte auf eine Anfrage der Schatzkanzler Goschen mit, die Stempelsteuer von sechs Pence für Schlussnoten werde auf Schlussnoten über hundert Pfund übersteigender Kontrakte beschränkt, für andere Schlussnoten bleibe die Stempelsteuer ein Penny. — Mit 184 gegen 109 Stimmen wurde in erster Lesung die Bill über das Gehalt des Unterstaatssekretärs für Irland bewilligt. Bei der Fortsetzung der Bundesberatung erklärte Gladstone, er behalte sich noch eine nähere Darlegung seiner Ansicht über die neuen Steuern vor. Die Opposition werde sich wahrscheinlich veranlaßt sehen, bezüglich der Erbschaftsteuer die Gleichstellung zwischen beweglichem und unbeweglichem Vermögen zu beantragen, während jetzt das bewegliche stärker besteuert werden solle. Goschen erklärte, die Regierung werde bereit sein, über einen solchen Antrag zu diskutieren, Gladstone übersehe jedoch, daß der Werth des Grundbesitzes stark gefallen sei.

Rußland.

St. Petersburg, 9. April. Der chinesische Gesandte Huna-Suen ist gestern hier eingetroffen.

Rumänien.

Bukarest, 9. April. In einer gestrigen Meldung wurde angedeutet, daß, wenn die Regierung die Votirung des Budgets und somit eine längere Frist erlangt, es gewiß sei, daß vor den Neuwahlen die gegenwärtige Zusammenfassung der Majorität und Minorität erhebliche Veränderungen erfahren werde; von der einen wie von der anderen Seite würden Desertionen vorausgesehen. Der Anfang hierzu ist bereits gemacht. Mehrere oppositionelle Klubs in der Provinz haben sich über die Köpfe der Führer hinweg für die Regierung ausgesprochen; desgleichen ist der Anschluß vieler Mitglieder der bisherigen Kammermehrheit und hiermit die Bildung einer außerhalb der bisherigen Parteiverhältnisse stehenden neuen Regierungspartei gesichert.

Türkei.

Konstantinopel, 9. April. Die Nachrichten über eine aufrührerische Bewegung auf Kreta sind übertrieben. Es ist unrichtig, daß Muselmanen in einem Telegramm die Abfertigung der Regierung verlangten, jedoch trifft hier eine Deputation von Muselmanen ein, um bei der Pforte Beschwerden vorzubringen.

Wie man der „Pol. Corr.“ aus Konstantinopel schreibt, hatte die letzte Audienz, welche der Sultan dem deutschen Botschafter Herrn von Radziwill erteilte, lediglich den Zweck, dem Sultan den Dank des Deutschen Kaisers für die Entsendung einer besonderen Abordnung zu dem Begräbnisse weiland des Kaisers Wilhelm auszusprechen und nicht, wie man irrtümlich annahm, ihm das neue Beglaubigungsschreiben des Botschafters zu überreichen. Letzteres wird in einer feierlichen Audienz erfolgen, welche in etwa acht Tagen stattfinden dürfte. Bisher war dieser

N. 433. Raftatt.

Bekanntmachung.

Wegen Erkrankung des bisherigen Gaswerks-Direktors ist die betreffende Stelle in dem städtischen Gaswerke hier neu zu besetzen und werden Bewerber eingeladen, ihre Bewerbungen bis spätestens 20. d. Mts. bei unterzeichneter Stelle anzumelden.

Das städtische Gaswerk produziert pro Jahr circa 260,000 Kubikmeter Gas und dem Direktor des Gaswerks ist sowohl die technische als die kaufmännische Leitung des Gesamtbetriebes übertragen.

Der Jahresgehalt des Direktors beträgt 2500 M. nebst freier Wohnung mit Heizung und Licht und unentgeltliche Benützung eines Gartenlandes u. Grasplatzes, wogegen derselbe eine Dinkflation im Betrage von 1800 M zu stellen hat.

Ueber das Dienstverhältnis wird ein besonderer Dienstvertrag abgeschlossen und der Antritt ist vorläufig auf 1. Mai d. J. festgesetzt.

Zu näheren Mittheilungen sind wir bereit und bitten etwaiger Bewerber sofort die entsprechenden Nachweise über persönliche und fachliche Qualifikation beifügen zu wollen.

Raftatt, den 6. April 1888.
Der Gemeinderath.
v. Schmidt.

Familien-Nachrichten.

als Geburt-, Verlobungs-, Heiraths- und Todes-Anzeigen, Nachrichten, sowie Dankgesungen werden von der

Annoucen-Expedition von Rudolf Mosse.

Frankfurt a. M., in allen gewünschten Zeitungen schnellstens bekannt gemacht. M. 110.3. (Vertreter in Karlsruhe, Gullasch-Kromme.)

N. 432.1. Karlsruhe.

Grasfamen

in Mischung zur Anblümmung von Wiesen und Böschungen, Esparsette, Widen, Kleesamen u. empfiehlt die Samenhandlung von

W. Jollhofer in Karlsruhe.

Für höhere Beamte oder Pensionäre hüblche Wohnung

(1 Etage, 10 Zimmer, schöne und gesunde Lage) mit Garten, in der Nähe v. Karlsruhe, sofort od. später auf längere Zeit zu vermieten. Das Nähere bei der Expedition dieses Blattes. M. 481.3.

Gasmotor,

zpf. liegend, wenig gebraucht, wird billigst abgegeben. Offerten an die Annoucen-Expedition von Haasenstein & Vogler, Mannheim, unter B. 6475 b.

N. 133.44. Karlsruhe.

Feuer-, Fall- u. einbruch-sichere Geld-, Bücher- und Dokumenten-Schränke empfiehlt Wilh. Weiss Karlsruhe, Erdbrünnenstr. 24.

N. 413. Neutbad.

Bekanntmachung.

Aus der Verlassenschaft des Kronen-wirths Josef Seiler von hier wird auf Antrag der Beheiligten am

Donnerstag den 19. April d. J., Vormittags 9 Uhr,

im Rathhause dahier nachbeschriebene Piegenschaft wegen Erbtheilung öffentlich zu Eigentum versteigert, wobei dem höchsten Gebot der Zuschlag wird, auch wenn solches den Anschlag nicht ausmacht, vorbehaltlich obervormundschaftlicher Genehmigung.

Beschreibung der Piegenschaft: Lagerbuch Nr. 30.

7 a 88 qm Hans- und Hofraihplatz, mit einem zweistöckigen Wohnhaus mit der Realtheilungsberechtigung „zur Krone“, zwei gewölbten Kellern, Scheuer und Stallungen mit Waschlade, worunter sich ein Ballenteller befindet, neben Frz. Mühl, ander. Seb. Henckel Erben u. Stefan Kiltner, Lage 9000 M. Dabei wird noch bemerkt, daß sich das Anwesen hinsichtlich seiner Lage und großen Räumlichkeiten, neben dem Betriebe der Gaskocherei auch zu jedem andern Geschäftsbetriebe eignen würde.

Am gleichen Tage, Vorm. 10 Uhr anfangend, werden in der genannten Behausung Wirtschaftsgeschäften, als: Fässer versch. Größe, Wirtschaftliche, Wänle, Stühle u. Wirtschaftsgläser und sonst noch verschiedene, in dieses Fach einschlagende Gegenstände versteigert werden.

Dem Käufer des Wohnhauses wird dadurch Gelegenheit geboten, sämtliche Wirtschaftseinrichtung für sich vortheilhaft erwerben zu können.

Die Versteigerungsbedingungen können bei dem Unterzeichneten eingesehen werden.

Neutbad, den 4. April 1888.

Das Bureode Kaiser Wilhelms

Badischer Frauenverein.

Die Abtheilung III des Badischen Frauenvereins (für Krankenpflege) beabsichtigt demnächst einen weiteren Kurs zur Ausbildung von Krankenpflegerinnen unter den bisher üblichen Bedingungen zu veranstalten.

Die Eröffnung desselben wird am Dienstag dem 15. Mai d. J. stattfinden. Der Kurs besteht aus einem theoretischen Unterricht von etwa 4wöchentlicher Dauer in der hiesigen Vereinsklinik und aus einer praktischen Unterweisung in einem hiesigen oder auswärtigen Krankenhause, für welche ein Zeitraum von 2 Monaten in Aussicht genommen ist.

Der Unterricht ist ein unentgeltlicher. Die Kosten für Verpflegung einer Wärterin belaufen sich für den Tag auf etwa 1 Mark. Die Verpflegungskosten während der Dauer des theoretischen Unterrichts können unter Umständen auf die Vereinskasse übernommen werden; die während der Dauer der praktischen Unterweisung erwachsenden Verpflegungskosten sind in der Regel von den Beteiligenden zu bestreiten.

Frauenvereine, Gemeinden oder sonstige Verbände, welche beabsichtigen, auf diesem Wege eine Wärterin auszubilden zu lassen, werden gebeten, geeignete Persönlichkeiten unter Vorlage eines Geburts-, Vermögens-, Schul- und bezirksärztlichen Beschlusses baldigst dahier anzumelden, damit je nach dem Ergebnisse der eingehenden Bewerbungen rechtzeitig die entsprechenden Anordnungen getroffen werden können.

Karlsruhe, den 10. April 1888. M. 497.1.

Vereinigung von Bestkern

6% Buffalo Pittsburg & Western General-Mortgage Bonds und Buffalo New-York & Philadelphia consolidated Bonds.

Nachdem die auf Grund der stattgefundenen Reorganisation an Stelle der obenbezeichneten Bonds getretenen neuen

Second Mortgage Bonds der Western New-York und Pennsylvania Railroad Co.

hier eingetroffen sind, beehren wir uns hiermit die Mitglieder der Vereinigung zu einer

Generalversammlung

auf Freitag den 27. April d. J., Vormittags 10 Uhr,

in den Banquetsaal des Saalhauses, Jungbrosstraße 20 in Frankfurt a. M., einzuladen.

Tagesordnung.

I. Bericht des Comités.

II. Anträge des Comités:

1) Herausgabe der an die Stelle der hinterlegten Bonds getretenen Werte und Auszahlung des geleisteten Kostenbeitrags von 4.50 per Bond an die Certificatsinhaber.

2) Auflösung der Vereinigung.

3) Beschlußfassung über die dem Comite zu ertheilende Entlastung.

III. Selbständige Anträge des Banthauses Kahn & Co. hier:

1) Beschlußfassung über Verwendung der noch vorhandenen Fonds, anstatt sie, wie beabsichtigt, den Certificats-Inhabern zu restituieren.

2) Wahl eines permanenten Vertrauens-Ausschusses von drei bis fünf Mitgliedern, nach Analogie des Amsterdamschen Administrations-Kantoor.

Gemäß Art. 11 der Satzungen sind zur Theilnahme an dieser Versammlung diejenigen Certificatsbesitzer berechtigt, welche spätestens einen Tag vor derselben ihre Certificate bei einer der nachbenannten Stellen, nämlich bei

der Mitteldeutschen Creditbank in Frankfurt a. M., der Württembergischen Vereinsbank in Stuttgart, der Deutschen Union-Bank in Mannheim,

hinterlegt und eine Eintrittskarte erhoben haben.

In Anbetracht der Wichtigkeit der zu fallenden Beschlüsse und im Hinblick auf Art. 9 Absatz 2 und 3 der Satzungen werden die Mitglieder der Vereinigung dringend ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Frankfurt a. M., den 10. April 1888.

Das Comité:

A. L. Wolf. S. Lion.

Auszug aus Art. 9 der Satzungen:

Ueber die unter 2-5 inclusive bezeichneten Gegenstände, auch wenn solche gemäß Nr. 7 vor der Generalversammlung gebracht werden, kann die Generalversammlung nur in dem Fall beschließen, wenn mindestens die Hälfte der ausgetretenen Certificate in derselben vertreten sind. Ist die Versammlung hiernach beschlußfähig, so findet innerhalb der nächsten 6 Wochen eine zweite Generalversammlung statt, welche ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Certificate zur Fassung von Beschlüssen über die unerledigt gebliebenen Gegenstände fähig ist.

Anträge, welche einen der sub 2-5 inclusive bezeichneten Gegenstände betreffen, können nur mit einer Majorität von drei Vierteln der in der Generalversammlung vertretenen Stimmen angenommen werden.

M. 496.

Dr. Lahmann'sche Baumwoll-Reform-Maschine.

Alleinige Niederlage für Karlsruhe u. Umgebung M. 466.2.

bei Himmelheber & Pier, Kaiserstraße 171, Karlsruhe.

Nach Amerika!!

Generalagenten der Red Star Line in Antwerpen

für Beförderung von Passagieren nach New-York, Philadelphia und anderen Orten von Amerika, ebenso für Passagiere, die Freischiene aus Amerika besitzen, sind die Herren

Gundlach & Bärenklau in Mannheim

und deren Bezirksagenten:

B. Konrad in Karlsruhe. — F. J. Springer in Ettlingen. — Alb. Effelhorn in Bretten. — G. Kopf in Raftatt. — Konrad Krieger in Grödingen. — Wm. Leicht in Eßlingen. — Jos. Seidt zur „Laube“ in Gernsbach.

M. 489. Karlsruhe.

Arbeit-Vergebung.

Die nachstehenden Arbeiten beauftragt die Verwaltung eines Kasernements für 2 Feldbatterien, eines Geschütz-Schuppens nebst Wache in Gottesau, bestehend in

I. Zimmer-Arbeiten	veranschlagt zu	15030,24 M.
II. Dachdeckung mit Falzziegel	„	3150,08 „
III. Plaster-Arbeiten	„	1204,13 „
IV. Blechner-Arbeiten	„	2491,53 „
V. Tischler-Arbeiten	„	4968,71 „
VI. Schinde- u. Schloffer-Arbeiten	„	7687,90 „
VII. Maler-Arbeiten	„	4267,62 „
VIII. Antreiber-Arbeiten	„	2631,97 „
IX. Eisenguß- u. Walzstahl-Vierzung	„	2028,00 „
X. Herstellung der Fußböden	„	12696,92 „

sollen am 23. April er. Vormittags 11 Uhr, im Geschäftszimmer der unterzeichneten Verwaltung vergeben werden. Kostenanschläge und Zeichnungen liegen hier auf; auch können Kostenanschläge gegen Erstattung der Kopialien- u. p. Gebühren von uns bezogen werden.

Postmäßig verschlossene, mit entsprechender Aufschrift versehene Angebote sind bis zu oben genannter Stunde (für jedes der mit I bis X bezeichneten Posten) hierher einzureichen; die Eröffnung erfolgt in Gegenwart der anwesenden Submittenten.

Karlsruhe i. W., den 8. April 1888.

Königliche Garnison-Verwaltung.

Badische Weine.

Beliebte angenehme Tischweine.

Guter Ersatz für Mosel.

1 Kiste

mit 20 grossen Flaschen

in 4 Sorten

20 Mark.

J. F. Menzer,

N. 625.11. Neckargemünd.

Bürgerliche Rechtspflege.

Aufgebot.

N. 425.1. Nr. 5215. Vorrath. Das

Gr. Amtsgericht Vorrath hat unter

Seitigen folgendes Aufgebot erlassen:

Die Erben des verstorbenen Joh. G. P. Funder von Holz: Joh. G. P. Funder, Gilmann Funder, Georg Funder, Ernst Funder, Christiane Funder und Barbara Funder, alle von Holz, besitzen auf der Wollbacher Gemarkung 1 Acker 20 Ruthen Wald im Jfelewald, neben St. Sütterlin Witwe und Fritz Kammler, ohne genügende Erwerbssurkunden. Es werden alle diejenigen, welche an das bezeichnete Waldstück in den Grund- und Pflanzbüchern nicht eingetragen sind und auch sonst nicht bekannte dingliche oder auf einem Stammguts- oder Familien-gutsverbaude beruhende Rechte haben, aufgefordert, solche spätestens in dem auf

Donnerstag den 7. Juni d. J.,

Vormittags 10 Uhr,

bestimmten Termine anzumelden, widrigenfalls ihre Ansprüche auf Antrag der Genannten für erloschen erklärt werden.

Vorrath, den 5. April 1888.

Der Gerichtsschreiber

des Gr. Amtsgerichts:

Apfel.

N. 414.2. Nr. 3569. Ueberlingen.

Die Hauptvollstreckungskontrollen Wilhelm

Egle Witwe dahier besitzt auf Gemarkung Ueberlingen, Gemwand Oberthorngärten, Plan 9, Nr. 669, ein Grundstück 3 a 43 m Gartenland, neben Anton

Kast und Ferd. Sinner dahier, über dessen Erwerb eine Urkunde nicht vorhanden ist.

Auf Antrag der obengenannten Witwe, vertreten durch Ingenieur Egle von Vorrath, wird das Aufgebotsverfahren eingeleitet und werden demgemäß alle diejenigen, welche an der genannten Piegenschaft irgend welche, in den Grund- und Pflanzbüchern nicht eingetragene, auch sonst nicht bekannte dingliche oder auf einem Stammguts- oder Familien-gutsverbaude beruhende Rechte haben oder zu haben glauben, aufgefordert, solche spätestens bis zu dem auf:

Wittwoch den 20. Juni d. J.,

Vormittags 10 Uhr,

vor dem diesseitigen Gerichte anberaumten Aufgebotsstermin anzumelden, widrigenfalls sie für erloschen erklärt werden.

Ueberlingen, den 31. März 1888.

Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:

Fromberg.

Erbeinweisung.

N. 387.1. Nr. 2641. Oberkirch.

Die Witwe des am 16. November 1887 verlebten Tagelöhners Anton Müller von Lautenbach, Barbara, geb. Wöhrer

alka, hat um Einweisung in den Besitz und die Gewähr der Verlassenschaft ihres Ehemannes nachgesucht.

Etwasige Einwendungen sind binnen vier Wochen

hier vorzubringen.

Oberkirch, den 5. April 1888.

Gr. Amtsgericht.

Dies veröffentlicht

Der Gerichtsschreiber:

Schneider.

Erbeinweisung.

N. 473. Gröbühl. Karl und Wilhelm

Strittmayer von Gröbühl, a. St. an unbekanntem Orten in Amerika

abwesend, werden hiermit zur Vermögensaufnahme und zu den Theilungsverhandlungen auf Ableben der Gattin Kaiser, Kirchener Witwe, Magdalena, geb. Strittmayer von Unterolpen, ihrer Lante, mit Fritz von

drei Monaten

unter dem Bedeuten vorgeladen, daß bei ihrem Ausbleiben die Erbchaft denjenigen zugetheilt werden wird, welchen sie zufälle, wenn sie zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr gelebt hätten.

Gröbühl, den 5. April 1888.

Gr. Notar

J. Reichert.

Handelsregister-Einträge.

N. 829. Nr. 2420. Waldkirch. Unter

Seitigen wurde unter D. J. 7 des

Genossenschaftsregisters eingetragen:

Arbeiter-Consum-Verein Kollnau, eingetragene Genossenschaft. Der Ge-

sellschaftsbeitrag ist vom 5. bezw. 29. März 1888, der Sitz der Genossenschaft

ist in Kollnau. Gegenstand des Unternehmens ist Lebensmittel und sonstige Bedürfnisse einzukaufen und in kleineren Partien zu verkaufen. Die Zeitdauer der Genossenschaft ist unbestimmt.

Die zeitigen Mitglieder des Vorstands sind: a. A. Kopf, Präsident, b. A. Köhler, Vizepräsident, c. Karl Blum, Kassier, d. Sebastian Baumgartner, Schriftführer. Die Verzung der Generalversammlung geschieht durch den Vorstand durch öffentlichen Anschlag an der

Fabrike der Kollnauer Spinnerei und Weberei. Die Zeichnung geschieht durch

die Namensunterschrift des Präsidenten unter die Firmenbezeichnung „Arbeiter-Consum-Verein Kollnau“. Das Verzeichniß der Genossenschaftler kann jederzeit beim Amtsgericht eingesehen werden.

Waldkirch, den 29. März 1888.

Gr. Amtsgericht. Speyer.

N. 282. Nr. 3101. Eppingen. In

D. J. 53 des Firmenregisters, betreffend die Firma Baruch Kahn in Schluchtern, wurde eingetragen: Verlegung

vom Deutigen, Nr. 3101, Teil. Bd. IV, D. J. 2: Der Geschäftsbetrieb ist nach

Gmünd (Württemberg) verlegt.

Eppingen, den 26. März 1888.

Gr. Amtsgericht.

Kusler.

N. 441.2. Nr. 1652. Karlsruhe.

Gr. Amtsgericht.

Gr. Amtsgericht.